

Streng geheim!

BStU
000023

Beitrag der Delegation des MfS der DDR für die Beratung der Aufklärungsorgane
in Budapest /Dezember 1970/

hauptausschlüsse

Gestatten Sie, daß ich mich in meinen Ausführungen ganz auf die Einschätzung der Lage in der Bundesrepublik Deutschland konzentriere und die sich daraus für unsere Arbeit ergebenden Aufgaben.

Für die Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR handelt es sich bei dem imperialistischen westdeutschen Staat verständlicherweise um den unserer gemeinsamen Gegner, der den überwiegenden Teil unserer Aufmerksamkeit und Kraft beansprucht. Wir lassen uns dabei von der gemeinsam durch unsere Parteien getroffenen Einschätzung leiten, daß es sich an unserer Grenze mit der BRD und mit der selbständigen politischen Einheit Westberlin um einen entscheidenden Abschnitt der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kommunismus handelt; um einen Abschnitt, der im Interesse des Kampfes für Frieden und Sicherheit in Europa unsere besondere Wachsamkeit erfordert. Diese Einschätzung wird durch die Erfahrung unseres täglichen Kampfes immer aufs neue bestätigt.

An der Nahtstelle zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa steht uns mit der Bundesrepublik Deutschland der Hauptverbündete der USA in Europa, die militärisch und ökonomisch stärkste in die NATO fest eingegliederte imperialistische Macht des Kontinents gegenüber und auf ihrem Territorium die konzentrierteste Präsenz von Streitkräften, Waffensystemen, einschließlich atomarer Waffen, aber auch von Zentralen und Filialen der gefährlichsten Geheimdienste und anderer Formen der Subversion gegen unsere Länder.

Nach den letzten Bundestagswahlen im September 1969 wurde in Westdeutschland bekanntlich erstmalig nach Beendigung des Krieges eine Regierung unter einem sozialdemokratischen Kanzler gebildet. Die stärkste Partei, die CDU/CSU, mußte die Regierungssessel räumen.

Wie ist das zu werten und was ist seitdem geschehen?

Es ist hier natürlich nicht möglich, die für die Beurteilung wesentlichen außen- und innenpolitischen Faktoren im einzelnen zu behandeln. Aber zweifelsohne

hat auch in der BRD die in der Welt vor sich gehende Veränderung des verhältnisses zugunsten des Sozialismus Auswirkungen. Die gemeinsame Initiative der Staaten des Warschauer Vertrages, wirksam zur Gesundung der Lage auf dem europäischen Kontinent und zur praktischen Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beizutragen, zeigt sichtbare Ergebnisse, nachdem alle direkten Angriffe gegen unsere Staaten und ihre sozialistische Ordnung - nicht zuletzt dank der militärischen Macht der Sowjetunion - gescheitert sind. Die letzte Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin hat die große internationale Bedeutung der Verträge durch die BRD mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen für das Schicksal des Friedens in Europa unterstrichen. Das konsequente und koordinierte Vorgehen unserer Länder hat dazu geführt, daß die Regierung der BRD verbindlich die bestehende Lage in Europa, die Unantastbarkeit der Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der BRD und der DDR, bestätigen mußte.

Der Imperialismus in der BRD muß einige unhaltbar gewordene Positionen räumen.

In einer nach der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau herausgegebenen Broschüre der SPD-Führung für ihre Parteiorganisation heißt es dazu: "Die Vorstellungen von Adenauer und Dulles, man könne Osteuropa vom Kommunismus befreien, hatten sich als Illusion erwiesen".

Die Politik der Regierung Brandt/Scheel spiegelt neben der Stimmung großer Teile der westdeutschen Bevölkerung vor allem die Haltung des hinter ihr stehenden Teils der westdeutschen Monopolbourgeoisie wider, der die Auffassung vertritt, daß die Politik des Eindringens in die sozialistischen Länder realer und vorteilhafter ist, als die Politik der direkten Konfrontation. Diese Umstellung der Taktik stößt auf hartnäckigen Widerstand besonders der um die CDU/CSU gescharten rechten Kräfte, aber auch aus unterschiedlichen Gründen auf Mißtrauen in Kreisen der westlichen Verbündeten. Das zeigen unter anderem die Verhandlungen über die Normalisierung der Lage in Westberlin. Die innerhalb oder in Nachbarschaft zur CDU/CSU organisierten rechten Kräfte halten an der alten expansionistischen Zielstellung fest und treten wütend gegen jede Vereinbarung auf, die der Sicherung des Status quo und der Anerkennung der Grenzen in Europa dient. Diese Kreise bemühen sich, nationalistische Leidenschaften zu entfachen und Voraussetzungen für den Sturz der Regierung Brandt zu schaffen. Mit der Herausbildung dieses Rechtsblocks ist in Westdeutschland der Differenzierungsprozeß in ein Stadium getreten, das besondere Beachtung verdient und

wichtige Ansatzpunkte für unsere Politik wie für die operative Arbeit bietet. Wir werden alles tun, um die Kräfte in der BRD und außerhalb ihrer Grenzen, die die Situation realistisch beurteilen und die sich wirklich um den Frieden in Europa sorgen, gegen die revanchistischen und militaristischen Kräfte zu unterstützen.

Der Kampf um die Ratifizierung der Verträge wird weiter hart und kompliziert sein. Die Normalisierung der Beziehungen der meisten unserer Staaten zur BRD steht noch in den Anfängen. Der Herstellung von Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Basis der zwischen Staaten üblichen völkerrechtlichen Prinzipien wird der meiste Widerstand auch seitens der Regierung Brandt/Scheel entgegengebracht.

Für unsere Aufklärungsorgane ergeben sich daraus große Aufgaben. Die Erfahrung zeigt, daß wir das koordinierte Vorgehen unserer Parteien und Regierungen effektiv durch exakte, rechtzeitig beschaffte Informationen über die Pläne, Konzeptionen und Absichten des Gegners unterstützen können. Dabei spielt die richtige Beurteilung der Zuverlässigkeit und das Tempo beim Austausch der Informationen eine große Rolle. Zur richtigen Beurteilung der Situation und entsprechend der erforderlichen taktischen Schritte ist es wichtig, neben den aktuellen Informationen aus dem Regierungsapparat die Internen, oft divergierenden Einschätzungen, Absichten und den praktischen Einfluß der verschiedenen Gruppen der Großbourgeoisie, der sie repräsentierenden Politiker in den Parteien und Organisationen in den entscheidenden imperialistischen Staaten genau zu kennen und objektiv zu analysieren.

Wenn wir diese Aufgaben betonen, die sich aus einigen günstigeren Möglichkeiten für unseren gemeinsamen Kampf um die europäische Sicherheit im Zusammenhang mit der Politik der derzeitigen westdeutschen Regierung ergeben, so ändert das nichts daran, daß wir als Aufklärung der Sicherheitsorgane unsere Hauptaufmerksamkeit den Gefahren widmen müssen, die unvermindert von der imperialistischen Machtkonzentration im Herzen Europas für unsere sozialistische Staatengemeinschaft ausgehen.

Daran hat sich mit dem Regierungswechsel in Bonn nichts geändert - Im Gegenteil, in mancher Beziehung ist der Kampf komplizierter geworden.

Bei der Vielfalt der Beziehungen und Kontakte, die sich gegenwärtig entwickeln, ist es insgesamt politisch, aber auch in der Praxis der operativen Arbeit wichtig, die Gefahren klar zu sehen.

Der Regierungswechsel in Westdeutschland ist kein Machtwechsel. Die gegenwärtige Regierung vertritt die Interessen des westdeutschen Imperialismus nach innen und außen. Das gilt insbesondere auch für die grundsätzlich feindliche Einstellung zum Sozialismus und zur sozialistischen Staatengemeinschaft.

Teile der westdeutschen Bourgeoisie sehen offensichtlich in der von der SPD geführten Regierung die günstigste Möglichkeit, durch die wissenschaftlich-technische Revolution überfällig gewordene Reformen durchzuführen, bestimmte soziale Probleme auf Kosten der Werktätigen zu entschärfen und die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates, besonders für den Kampf gegen die progressiven Kräfte zu erhöhen. Gleichzeitig sollen die Positionen der westdeutschen Bundesrepublik im internationalen System der imperialistischen Länder gestärkt werden, um wenigstens teilweise den Rückstand gegenüber den USA als der imperialistischen Führungsmacht aufzuholen.

Dennoch stößt die Politik der Brandt/Scheel-Regierung auf harten Widerstand aller rechts von der SPD und FDP stehenden Kräfte von konservativen Kreisen der CDU über die CSU, bis zu extrem rechten Kreisen in der neuen von der FDP abgespaltenen NLA, den Landsmannschaften und der NPD. Der extrem rechte Flügel dieses Rechtsblocks veranstaltete die Provokation der sogenannten "Aktion Widerstand" Ende Oktober in Würzburg, in deren Verlaufe bis zu 5.000 Faschisten aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenkamen und neben einer wüsten Hetze gegen ^{die soz. Länder} uns Morddrohungen gegen Brandt und andere sozialdemokratische Führer ausstießen.

Die Rechtskräfte verfügen über fast die Hälfte der Sitze im westdeutschen Parlament, über einflußreiche Positionen im Staatsapparat und über eine breite Anhängerschaft in der Bevölkerung, wie die letzten Landtagswahlen gezeigt haben.

Wenn unsere Parteien und Regierungen die realistischen dankbaren Kräfte in Westdeutschland gegen diesen Rechtsblock unterstützen, dann heißt das, daß wir der Aufklärung der Absichten und Maßnahmen der rechten Kräfte in Westdeutschland besondere Beachtung schenken. Die Regierung der DDR hat dieser Notwendigkeit der taktischen Differenzierung z. B. durch die Terminisierung unseres Angebotes für den Meinungsaustausch mit der BRD auf einen Zeitpunkt Rechnung getragen, der es den westdeutschen Regierungsparteien gestattet, Vorteile für den Landtagswahlkampf in Hessen und Bayern zu ziehen.

Allerdings ist die SPD wie bisher stets, wenn sie die Regierungsgewalt innehatte, nicht bereit, die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen die rechten Kräfte einzusetzen. Das zeigte u. a. kraß die Behandlung des Attentäters gegen den Wachposten der Sowjetarmee am Ehrenmal in Westberlin. Die rechten SPD-Führer weichen gegenüber dem Druck von Rechts immer zurück.

Dagegen unternehmen sie alles, um dem von den Mitgliedern der SPD und den Gewerkschaften ausgehenden Druck zur Durchführung demokratischer Reformen entgegenzuwirken. Die Haltung der bürgerlich-liberalen FDP dient der rechten Führung der SPD als Vorwand, um die Forderungen nach grundsätzlichen Reformen in der Gesellschaftspolitik abzuwürgen.

Die SPD-Führung hat unlängst beschlossen, gegen alle linken Kräfte in der Partei, besonders gegen die Jungsozialisten und Studenten, scharf vorzugehen und sich mit einer Parteireform das Instrument gegen jegliche revolutionäre Regung in der eigenen Partei zu schaffen.

Der Absicherung ihrer Gesamtpolitik dient auch der Beschluß der Führungsgremien der SPD vom 13. und 14. 11. 1970, der das schärfste antikomunistische Dokument der deutschen Sozialdemokratie seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution darstellt.

Mit diesem Dokument bekennt sich die rechte Führung der SPD eindeutig zum staatsmonopolistischen System. Es heißt darin:

"Das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland hat sich auf der Grundlage der bestehenden Eigentumsordnung als politisch stabil, wirtschaftlich

leistungsfähig und sozial entwicklungsfähig erwiesen: Die deutsche Sozialdemokratie braucht zur Verwirklichung ihres Programms keine Enteignungsmaßnahmen".

Dieser Beschluß formuliert an anderer Stelle die Kampfansage gegen den Kommunismus und bildet gewissermaßen die Brücke zwischen Innen- und Außenpolitik der SPD. Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung die Kontinuität seiner Innen- und Außenpolitik zur Politik der früheren Regierungen betont und die SPD/FDP-Regierung handelt danach. Immer wieder betont er die Priorität seiner Westpolitik.

Westdeutschland ist nach wie vor auf das engste mit den USA verbunden und betrachtet die Zusammenarbeit mit den USA als das Rückgrat der westdeutschen Außenpolitik, wie Brandt wiederholt unterstrich.

Die westdeutsche Regierung nutzt zweifellos die Situation, die sich daraus ergibt, daß die USA nicht in der Lage sind, ihre Interessen überall gleichzeitig zu wahren, um die eigene Position zu stärken. Das zeigt die kontinuierliche Fortsetzung der schon von den CDU-Regierungen eingeleiteten Bemühungen durch die Regierung Brandt, die politischen Koordinierungsfunktionen der EWG und der NATO und damit das politische Eigengewicht der BRD zu erhöhen. Die im Zusammenhang damit und mit der Ostpolitik auftretenden Meinungsverschiedenheiten mit den USA haben aber nur taktischen Charakter, wie Nixon selbst und andere führende amerikanische Politiker verschiedentlich erklärten.

In allen entscheidenden Fragen, das bestätigt die Analyse der Informationen, wird die gegenwärtige Regierung der BRD wie jede andere zur Zeit denkbare westdeutsche Regierung keine Politik ohne und gegen die USA betreiben.

Unter dem Druck der USA ist die Regierung Brandt/Scheel bereit, die USA zu entlasten, wobei sie natürlich darauf spekuliert, im Gegenzug größeren Einfluß in der NATO und in Westeuropa zu gewinnen sowie ihre Ostpolitik abzusichern. Das zeigte sich z. B. an der Tagung der Verteidigungsminister der westeuropäischen NATO-Staaten in Brüssel am 10. November 1970, auf der die westdeutsche Seite als einziger westeuropäischer NATO-Partner den USA ein konkretes Angebot

für die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben der NATO und Beiträge für die Truppenstationierung unterbreitete. Das Festhalten an der unverminderten Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland gehört zu den Eckpfeilern der sozialdemokratischen Politik. Sie betrachtet diese als Pfand für das amerikanische Engagement in Europa.

Wie in dieser Frage wahrt die SPD-Regierung auch in den anderen Grundfragen der Wehrpolitik die Kontinuität zu den früheren Regierungen der CDU/CSU.

Das von dem auf dem äußersten rechten Flügel der SPD stehenden Kriegsminister Schmidt erarbeitete Programm ist auf die Erhöhung der Effektivität und Kampfkraft der Bundeswehr ausgerichtet. Grundpfeiler der Militärpolitik ist die feste Einbettung in die militärische und politische NATO-Integration.

Uns bekanntgewordene Maßnahmen und Materialien zur Vorbereitung der gerade zuendegegangenen Tagungen des NATO-Rates und anderer NATO-Gremien bestätigen die besondere Aktivität der Bundesrepublik Deutschland zur Erhöhung des personellen und materiellen Potentials der NATO, ihrer Rüstung, Mobilität und Einsatzbereitschaft für die in allen Dokumenten, Übungen und Manövern angenommene Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten.

Die SPD/FDP-Regierung besteht wie ihre Vorgängerin unvermindert auf die volle Durchsetzung der Vorwärtsstrategie, die von Schmidt als "tragendes Sicherheitsprinzip" bezeichnet wird. Für die Realisierung dieser abenteuerlichen Strategie will Schmidt weitere Voraussetzungen wie die Umstrukturierung der Landstreitkräfte im Rahmen der Heeresreform schaffen.

Der Militäretat wird 1971 gegenüber 1970 um weitere 2 Mrd DM auf 21,9 Mrd DM erhöht, u. a. um das umfangreiche Rüstungsprogramm zur modernen Ausrüstung der Bundeswehr für die konventionelle Kriegsführung zu sichern.

Damit unterstützt die Regierung de facto den militärindustriellen Komplex, der diese Rüstungsprojekte durchführt und sich in Westdeutschland immer stärker herausbildet. Der militärisch-industrielle Komplex ist aber die Hauptstütze der Rechtspolitik mit Strauß als ihrem wichtigsten Exponenten. Strauß hat bedeutenden Einfluß unter der Generalität und im Offizierskorps der Bundeswehr,

Wie bereits die früheren Regierungen, verstärkt die SPD/FDP-Regierung und Bundeswehrführung ihren Einfluß auf die Planungen für den Kernwaffeneinsatz der NATO und versucht, diesen sowohl institutionell wie auch personell abzusichern. Sie erzielte dabei Erfolge, wie z. B. die Billigung des geheimen Richtlinienentwurfs für den Einsatz taktischer Kernwaffen, der im Mai 1969 auf der Ministertagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO angenommen wurde.

Diese Richtlinien stellen ein gefährliches Zugeständnis an die Forderungen des westdeutschen Imperialismus nach Mitbestimmung über die Auswahl der Ziele, den Zeitpunkt und den Umfang des Kernwaffeneinsatzes dar.

Ungeachtet ihrem Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag setzt die Bonner Regierung die Bemühungen zur Erweiterung der potentiellen Möglichkeiten für die eigene Produktion von Kern- und Trägerwaffen fort.

Die vom Territorium Westdeutschlands ausgehende militärische Bedrohung ist in keiner Weise geringer geworden. Sowohl die uns bekannten Forderungen des BND an seine Agenturen wie die von unserer Abwehr in jüngster Zeit aufgedeckten Stützpunkte bestätigen die Bedeutung, die der westdeutsche Geheimdienst der Kriegsvorbereitung beimißt.

Deshalb stellt die Konzentrierung militärischer Macht auf dem Territorium Westdeutschlands uns weiter vor die erstrangige Aufgabe, die Inanspruchnahme des Überraschungsmoments durch die imperialistischen Länder maximal auszuschalten. Die ständige Einstellung unserer Aufklärung auf die rechtzeitige Beschaffung dieser Informationen unter allen Umständen und in jeder Situation ist besonders kompliziert und erfordert stärkste Beachtung!

Ich sagte bereits einleitend, daß sich wesentliche Teile der westdeutschen Monopolbourgeoisie von der Taktik der Konfrontation auf die Taktik des Eindringens in die sozialistischen Länder umorientiert haben. Das taktische Ziel der Bonner Regierung besteht darin, mögliche territoriale Streitpunkte mit der Sowjetunion, der VR Polen und der CSSR auszuräumen, sich als "verständigungsbereiter Partner" darzustellen und die dadurch gewonnenen politischen Positionen im Kampf gegen die Einheit der sozialistischen Länder und gegen das sozialistische Gesellschaftssystem überhaupt zu nutzen.

Die konterrevolutionäre Zielsetzung des Gegners spiegelt sich deutlich in den Informationsanforderungen des Bundesnachrichtendienstes wider, in denen immer nachhaltiger Fragen nach Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialistischen Ländern und nach der Haltung dieser Länder zur DDR auftauchen.

Die tatsächliche Entwicklung beweist, daß der Gegner diesen Weg einschlägt und versucht, die abgeschlossenen Verträge und die weiteren Verhandlungen auszunutzen, um uns gegeneinander auszuspielen.

Die Versuche der Bonner Regierung, die Verträge mit der Sowjetunion und Polen durch Interpretation zu relativieren, werden fortgesetzt. Es besteht nicht die Absicht, das Ratifizierungsverfahren abzuschließen, bevor es nicht gelingt, die illusionären Ziele besonders in der Westberlin-Frage durchzusetzen.

Die Beschaffung von Informationen über die westlichen Konzeptionen für eine vorläufige Regelung der Westberlin-Frage bildet deshalb gegenwärtig einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Verhandlungen und die uns zugänglichen internen Materialien zeigen, daß die Westmächte und die westdeutsche Bundesrepublik noch nicht zu einem tragbaren Kompromiß bereit sind und das Interesse der sozialistischen Länder an der Entspannung in Europa und am Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz ausnutzen wollen, um eine Bestätigung der illegalen Tätigkeit der westdeutschen Bundesrepublik, die Einschränkung der Souveränitätsrechte der DDR und eine demonstrative Bestätigung sogenannter Vier-Mächte-Rechte für Deutschland als Ganzes zu erhalten.

Mit ihrem erpresserischem Spiel, dem von ihr selbst geschaffenen Junktim mit der Westberlin-Frage, hat die SPD/FDP-Regierung sich selbst die Schlinge um den Hals gelegt und bei ihrer an sich schon schwierigen Situation im Parlament die Möglichkeit der Ratifizierung der Verträge infrage gestellt.

Noch komplizierter gestaltet sich die Normalisierung der Beziehungen zur DDR, da die Regierung Brandt/Scheel zur Zeit nicht die Absicht hat, die in Moskau paraphierten Absichtserklärungen einzuhalten, bevor die DDR nicht der annexionistischen Konzeption der "innerdeutschen Beziehungen" zugestimmt hat.

Während z. B. die westdeutsche Bundesrepublik die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den übrigen sozialistischen Ländern anstrebt, wird dies gegenüber der DDR abgelehnt. Die Bonner Regierung versucht entgegen aller Normen des Völkerrechts, sich mit den von Brandt in Kassel unterbreiteten 20 Punkten ein "Recht" zur Einmischung in die inneren Verhältnisse der DDR zu sichern. Von der DDR werden Zugeständnisse in Fragen gefordert, die allein der inneren Entscheidungsgewalt der DDR unterstehen, wie z. B. eine Änderung des Regimes der DDR für Reisen von DDR-Bürgern nach Westdeutschland, die Zustimmung zur "Familienzusammenführung" usw.

Eine objektive und nüchterne Analyse der sogenannten Ostpolitik der gegenwärtigen westdeutschen Regierung läßt demnach keine andere Einschätzung zu, als daß es sich hier um eine Variante der gegen das gesamte sozialistische Lager gerichteten imperialistischen Politik handelt. Wenn diese Politik ihre Angriffe gegenwärtig besonders gegen die DDR richtet, so geschieht das im Bündnis mit der größten imperialistischen Macht, den USA, und den anderen Verbündeten der BRD im imperialistischen Lager. Ihre Absicht, die DDR zu isolieren, ihren Integration im Bündnis der sozialistischen Staaten entgegenzuwirken, um sie letzten Endes doch noch aus dem sozialistischen Lager herauszubringen, entspringt ihrem gemeinsamen Klasseninteresse. Darin sind sich die verschiedenen imperialistischen Gruppierungen trotz aller Unterschiede und taktischen Differenzen einig. Mit dem Appell an die Einheit der Nation versucht man die Menschen in der DDR wie in Westdeutschland vom Klassencharakter der Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden abzulenken; spielt man mit den Gefühlen und persönlichen Interessen vieler unserer Bürger unter dem Schein "humanistischer Anliegen"; deshalb spricht man nicht von völkerrechtlichen, sondern "besonderen" Beziehungen, deshalb schreibt man nicht über die Verhandlungen von Vertretern der souveränen Staaten DDR und BRD, sondern nach einheitlicher Sprachregelung vom "innerdeutschen Dialog" und prägt sogar entsprechende Erinnerungsmünzen aus Silber, Gold und Platin.

Deshalb haben unsere Parteien der Sicherung der DDR stets so große Bedeutung beigemessen und die gegen sie gerichtete imperialistische Politik als einen Angriff gewertet, der sich gegen unsere gesamte Staatengemeinschaft richtet und der gemeinsam in all seinen Formen konsequent abgewehrt werden muß,

Unter den Bedingungen der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus trägt der Imperialismus seine Angriffe gegen die sozialistischen Länder vor allem in den Bereichen der Politik, der Wirtschaft und Ideologie vor. Die politisch-ideologische Divergenz, die psychologische Kriegsführung wurden zur Hauptmethode des Klassenkampfes.

In einem von der NATO in Vorbereitung der diesjährigen Dezember-Tagung ausgearbeiteten Dokument wird eingeschätzt, es sei anzunehmen, daß auch in den 70er Jahren in den Ländern des Warschauer Vertrages liberalistische und nationalistische Tendenzen weiter bestehen bleiben und als Zentrifugalkräfte wirken werden. Diese Länder würden zwar nach den Erfahrungen in der CSSR vorsichtiger sein, aber ihr Streben nach größerer nationaler Unabhängigkeit, nach ökonomischem Fortschritt und innerer Liberalisierung halte an. Die NATO-Staaten müßten auf Veränderungen in dieser Richtung positiv reagieren und alle sich bietenden Möglichkeiten für Kontakte und Verhandlungen wahrnehmen.

Die Entwicklung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Vertrages liege unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes im Interesse der NATO. Die Formen und Methoden der Entspannungspolitik müßten der gegebenen Situation angepaßt werden, wobei ein voller Erfolg dieser Entspannungspolitik erst in der fernen Perspektive möglich sei.

Diese Einschätzung zeigt die Hauptrichtung der Feindschaft - gegen die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder, gegen die führende Rolle der Partei und gegen die stärkste Macht der sozialistischen Gemeinschaft, gegen die Sowjetunion.

Operative Angaben bestätigen, daß der Gegner aus seinen Erfahrungen in der CSSR die Schlußfolgerung zieht, noch klüger, besser getarnt, differenzierter und gleichzeitig koordinierter vorzugehen. Er denkt und handelt dabei langfristig nach einem durchdachten und organisierten System.

In diesem System hat sich auch der Geheimdienst immer stärker auf die Aufgaben der ideologischen Diversion eingestellt. Beim BND ist eine besondere Steigerung der Informationsforderung gegen politische und ökonomische Bereiche der sozialistischen Länder erkennbar. Dabei wird deutlich, daß vor allem Ansatzpunkte und Wirkungsmöglichkeiten für eine gezielte und differenzierte politische, ideologische, kulturelle, aber auch für eine weitere subversive Einflußnahme erforscht werden sollen. Im Mittelpunkt stehen Informationsforderungen nach unterschiedlichen Auffassungen und Widersprüchen in den einzelnen sozialistischen Ländern, bei der Beurteilung der internationalen Lage, der Taktik und der Einleitung von Maßnahmen besonders auch im Hinblick auf die gegenwärtige Ostpolitik der BRD, auftretende Schwierigkeiten und Komplikationen in den Beziehungen der sozialistischen Länder im Rahmen des RGW bzw. auf bilateraler Ebene, Unterschiede in ihren Außenhandelskonzeptionen und -praktiken und ähnliches mehr. Umfassender interessiert sich der westdeutsche Geheimdienst dafür, einen möglichst repräsentativen Querschnitt über die Stimmung der Bevölkerung aller Schichten und Ebenen zu erhalten, wobei sein besonderes Interesse der Erforschung oppositioneller und antisozialistischer Kräfte und Störungen gilt. Immer mehr werden dafür neben geworbenen Agenten die Möglichkeiten der Informationsabschöpfung im Rahmen der zunehmenden Kontaktmöglichkeiten und des Reiseverkehrs genutzt.

Unter Einschaltung der verschiedenartigsten Organisationen und Institutionen versucht der BND Verbindungen zu Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und ähnlichen Kreisen in sozialistischen Ländern aufzunehmen. Bevorzugt werden solche Kreise, die politisch unklare, revisionistische, nationalistische und ausgesprochen antikommunistische Einstellungen haben.

Der Imperialismus muß bei der ideologischen Diversion die Veränderungen berücksichtigen, die in der Gesellschaft der sozialistischen Länder in den letzten 20 Jahren vor sich gegangen sind. Seine Argumente sind deshalb nicht mehr den primitiven Spielarten des Antikommunismus entnommen, sondern müssen berücksichtigen, daß der Sozialismus in den Gedanken der Menschen der sozialistischen Gesellschaft festen Fuß gefaßt hat.

Der Imperialismus orientiert sich deshalb heute auf die verschiedensten Spielarten des Opportunismus, stützt sich auf die langjährige Entwicklung des modernen Revisionismus.

An erster Stelle steht die Schürung des Antisowjetismus als gefährlichste Spielart des Antikommunismus. Der Antisowjetismus ~~zucht~~ zielt auf die Isolierung der sozialistischen Länder von einander; er richtet sich gegen die Hauptkraft des sozialistischen Lagers, auf der die Sicherheit aller sozialistischen Länder beruht.

Der Chefredakteur der SPD-Zeitschrift "Neue Gesellschaft", Leo Bauer, ein Renegat, der als engster Berater Brandts und Kontaktbeauftragter zu denjenigen kommunistischen Parteien tätig ist, von denen divergierende Auffassungen zur Haltung der Mehrheit der kommunistischen Weltbewegung angenommen werden, erklärte dazu, daß Nahziel der SPD bestehe in der Torpedierung der Bemühungen der KPdSU, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen.

Wenn unsere Parteien zum Ausdruck bringen, daß sie in der Einstellung zur Sowjetunion ein wesentliches Kriterium der Treue zum Internationalismus sehen, so sehen wir in der brüderlichen Zusammenarbeit mit dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, deren Aufklärung in diesem Monat ihr ruhmreiches 50. Jubiläum begeht, die über die größte Erfahrung verfügt und überall in der Welt eine schwere Verantwortung trägt, unsere beste Antwort auf die strategische Angriffsrichtung des Feindes. Gleichzeitig ist die enge Zusammenarbeit mit dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR die beste Grundlage für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der einzelnen Aufklärungen untereinander.

Die Schwierigkeit bei der Aufklärung und Abwehr der ideologischen Diversion besteht in der Vielschichtigkeit, dem engen Zusammenhang der offenen, verdeckten und streng konspirativen Formen, der Vielzahl der damit befaßten feindlichen Zentren und ihrer Träger.

Die Ergebnisse der Aufklärung werden weitgehend bestimmt von der umfassenden Analyse aller zugänglichen Materialien zu diesem Komplex in engster Zusammenarbeit mit allen Stellen der Partei, der Regierung, anderen Institutionen, insbesondere aber der Abwehr.

Die richtige Erarbeitung der Hauptangriffsrichtungen des Feindes und der wichtigsten Objekte der ideologischen Diversion bestimmen die Schwerpunkte der operativen Arbeit.

In unserer Praxis befassen sich nahezu alle operativen Linien der Aufklärung und der Abwehr mit der Bekämpfung der ideologischen Diversion, wobei es natürlich eine Abgrenzung der Verantwortung, eine Arbeitsteilung und Koordination gibt. Unsere Erfahrung hat bestätigt, daß man zur wirksamen Aufdeckung der Pläne der ideologischen Diversion operativ in den entscheidenden Zentren der imperialistischen Macht, der Regierungsspitze, den dafür entscheidenden Ministerien und von diesen gesteuerten Institutionen und Forschungsrichtungen, den Geheimdiensten, den internationalen Koordinationsorganen mit der NATO an der Spitze, den Spitzen der Parteien, Organisationen, Konzerne und in von diesen gesteuerten Spezialeinrichtungen genauso verankert sein muß, wie in spezifischen Zentren der psychologischen Kriegsführung.

Vom Gebiet Westdeutschlands und Westberlins aus tritt uns die ideologische Diversion in verschiedenster Form entgegen. Sie kleidet sich in alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie, oft auch scheinbar unpolitisch. Sie geht vom extremen Nationalismus, über die Reklame des relativ hohen Lebensstandards vieler Menschen in Westdeutschland bis zur Infiltration der amerikanischen Lebensweise und Unkultur besonders unter der Jugend.

Zur Verwirklichung der ideologischen Diversion gegenüber Sozialisten und Kommunisten hat sich dem Imperialismus besonders die Sozialdemokratie angeboten. Die westdeutschen Sozialdemokraten sind bei der Schürung des Antikommunismus im Rahmen der Sozialistischen Internationale besonders aktiv.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Wehner, erklärte dazu im Jahre 1969 auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Eastbourne, daß konservative und neonazistische Kräfte schwerlich dazu imstande seien, die sozialistischen Länder aufzuweichen. Der Kampf gegen den Kommunismus könne nur durch solche Demokraten geführt werden, die gleichzeitig Sozialdemokraten seien.

Die sozialdemokratische Variante der ideologischen Diversion ist in Westdeutschland deshalb gefährlicher geworden, weil ihr gegenwärtig in weitest- aus stärkerem Maße alle Mittel des staatsmonopolistischen Systems in Gestalt des Staatsapparates zur Verfügung stehen. Sie ist auch deshalb so gefährlich, weil sich die SPD-Regierung durch stärkere Berücksichtigung der Realitäten das Image einer friedliebenden Partei zugelegt hat und an Illusionen anknüpft, die in manchen Kreisen sozialistischer Länder vorhanden sind. Die Anerkennung bestimmter Realitäten in Europa durch die SPD/FDP-Regierung ist besonders darauf angelegt, neue Ausgangspositionen für die von Brandt formulierte "Politik der Durchdringung" der sozialistischen Länder zu erhalten.

Sein Berater Leo Bauer äußerte sich offen zu den Zielen dieser Durchdringung:

"Der Sozialdemokratismus muß zu einer Epidemie unter den kommunistischen Parteien werden".

Jeder von uns hat und wir alle gemeinsam haben uns in den vergangenen Jahren wiederholt davon überzeugen müssen, daß es sich hier keineswegs nur um den Wettstreit von Ideen, sondern um eine wohlorganisierte Form feindlicher Subversion handelt. Die ideologische Diversion der westdeutschen Regierung gegen die sozialistischen Länder ist generalstabsmäßig organisiert. Sie wird, seit Brandt Kanzler wurde, noch straffer durch das Bundeskanzleramt geleitet.

Im Interesse der Straffung der Leitung der ideologischen Diversion und der Schaffung von Ansatzpunkten wurde die Koordinierung der drei westdeutschen Geheimdienste durch das Bundeskanzleramt verstärkt. Damit hängen auch die von der Bonner Regierung vorgenommenen Reorganisationsmaßnahmen und besonders auch die Neubesetzung von Führungspositionen mit beweglichen Zivilisten im Sinne der effektiveren Unterstützung der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik eng zusammen. Um die Zusammenarbeit der westdeutschen Geheimdienste effektiver zu gestalten, hat die Regierung Anfang 1970 eine neue Richtlinie erlassen.

Es ist erwiesen, daß der westdeutsche Geheimdienst bei der Verbreitung von Falschinformationen über die Lage in den sozialistischen Ländern und dem

Entstehen von Fehleinschätzungen in den Spitzen der Regierung und der Parteien der BRD, die oft die Grundlage feindlicher Planungen sind, eine gefährliche Rolle spielt.

Die Grundlinien der ideologischen Diversion werden in enger Zusammenarbeit mit den Organen der NATO und der NATO-Länder festgelegt. Zwischen den entsprechenden Organen Westdeutschlands und der anderen NATO-Länder, vor allem der USA, existieren enge Kontakte. Das betrifft die Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten der einzelnen imperialistischen Länder, die sich in ihrer Konzeption gegenseitig abstimmen. Das betrifft z. B. auch die Institute für politische Wissenschaften in den USA und in anderen westeuropäischen Ländern.

Bezeichnend ist schon, daß die westdeutsche Regierung in bezug auf Radio Freies Europa und Radio Liberty nicht von den Vollmachten des Entzugs der entsprechenden Lizenzen Gebrauch macht, die ihr zustehen, obwohl die Tätigkeit dieser Sender die Optik ihrer Ostpolitik stört. Sie lehnt es ab, selbst im Hinblick auf die Olympischen Spiele in München gegen diese Sender vorzugehen, und beschränkt sich auf Ermahnungen an die Sendeleitung, für diese Zeit nicht zu aggressive Tonarten anzuschlagen.

Zur Analyse und Planung der politisch-ideologischen Diversion, wie zur Verstärkung der Kontakte in die sozialistischen Länder bedient sich der westdeutsche Imperialismus verstärkt der sogenannten Marxismus- und Ostforschung, wie des Bundesinstituts für Ostwissenschaft und internationale Studien, der verschiedensten Osteuropagesellschaften und Dutzender anderer Institute. Dabei geht ein Prozeß der Intensivierung und Zentralisierung der Ostforschung vor sich, dessen Ergebnisse von der Bundesregierung in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Mitarbeiter der Ostinstitute reisen unter dem Vorwand wissenschaftlicher Forschungsarbeit in die sozialistischen Länder, nehmen dort Kontakte zu solchen Kreisen auf, von denen sie sich eine multiplizierende Wirkung versprechen. In gleichem Maße werden Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern nach Westdeutschland zu Tagungen eingeladen. Dabei zeigt es sich, daß derartige Kontakte oft unter privater Flagge angeknüpft werden und keiner echten Kontrolle durch die zuständigen staatlichen Organe unterliegen.

Organisationen der Sozialdemokratischen Partei schalten sich in die politisch-ideologische Diversion ein. So bemüht sich z.B. die Friedrich-Ebert-Stiftung aktiv, eine Basis in den sozialistischen Ländern zu schaffen, von der aus sie operieren kann.

Zwischen der politisch-ideologischen und ökonomischen Diversion besteht eine enge Wechselbeziehung. Die westdeutsche Bundesregierung betrachtet ihr Wirtschaftspotential als wesentliche Waffe zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele gegenüber den sozialistischen Ländern, als Mittel ihrer Ostpolitik. Sie stellt dabei die Rechnung, daß erhebliche Teile der westdeutschen Großbourgeoisie am Handel mit den sozialistischen Ländern interessiert sind und daß andererseits auch in den sozialistischen Ländern Interesse am Bezug moderner westdeutscher Anlagen und Ausrüstungen besteht, die zur Festigung der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern genutzt werden.

Bei der gegnerischen Aktivität zur Nutzung der wirtschaftlichen Beziehungen wird versucht, das Interesse der sozialistischen Länder an wirtschaftlichen Beziehungen mit westlichen Ländern zu Erpressungsversuchen auszunutzen, um die Aufgabe grundsätzlicher politischer Positionen zu erreichen. So versuchen die westdeutschen Unterhändler, über den Abschluß von Wirtschaftsverträgen die Anerkennung der Zugehörigkeit Westberlins zur westdeutschen Bundesrepublik zu erreichen.

Eins der Argumente der imperialistischen Infiltration besteht darin, besonders Vertretern der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den sozialistischen Ländern einzureden, daß sie ohne westliche Hilfe die Anforderungen der technischen Revolution nicht meistern werden. Aus den Schwierigkeiten bei der Durchführung unserer Wirtschaftsreform und ihren Besonderheiten versucht man Beweise für die Berechtigung der revisionistischen Konvergenztheorie, die Notwendigkeit der sogenannten "Entideologisierung" der Wirtschafts- und Wissenschaftsprobleme abzuleiten.

Es wird darauf spekuliert, daß die Einleitung von Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern über zwischenbetriebliche Verträge zur Zusammenarbeit über Kooperationsbeziehungen, über - dort wo es möglich ist - Kapitalbeteiligung zu langfristigen Abhängigkeiten führen kann. Westdeutsche Konzernkreise schätzen ein, daß derartige "geschäftliche und persönliche Kontakte nicht ohne Folgen für das kommunistische Gesellschaftssystem bleiben werden".

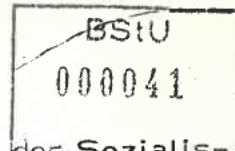
Die Wirtschaftsbeziehungen werden in vielen Fällen genutzt, um uns ~~ökonomisch~~ zu schädigen und Konzerninteressen auf Kosten und zum Schaden der sozialistischen Länder zu verfolgen.

Besondere Aufmerksamkeit wirdmen wir in unserer Aufklärungstätigkeit den Bemühungen der EWG-Länder, eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern in Gang zu bringen. Es liegen Angaben vor, daß insbesondere westdeutsche Vertreter im Apparat der EWG darauf dringen, diese Handelspolitik gegenüber den einzelnen sozialistischen Ländern zur Durchsetzung ihrer Ziele gegen uns zu nutzen.

Wir mußten die Schlußfolgerung ziehen, daß im Zusammenhang mit den wachsenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westdeutschland und den sozialistischen Ländern nicht nur die Aufgaben und Möglichkeiten für die wissenschaftlich-technische Aufklärung wachsen, sondern auch die Aufgaben hinsichtlich der Aufklärung und Abwehr der Feindtätigkeit. Im Zusammenhang mit der möglichen Ausnutzung des Wirtschaftspotentials der westlichen Länder zugunsten des sozialistischen Aufbaus und der Festigung der sozialistischen Wirtschaft beachten wir die feindlichen Konzeptionen, die sich unter Ausnutzung dieser Beziehungen gegen das sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und gegen unsere Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW richten.

Wir unterstützen die Vorschläge, der Bearbeitung der Objekte der ideologischen Diversion durch die Aufklärungsorgane der sozialistischen Länder größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ausgehend von der Feststellung, daß die ideologische Diversion gegenwärtig die Hauptmethode des Kampfes gegen die sozialistischen Länder darstellt, müssen die wichtigsten Objekte der ideologischen Diversion mit unseren operativen Mitteln aktiv bearbeitet und bekämpft werden. Der analytischen Arbeit, dem Austausch von Informationen und Erkenntnissen auf diesem Gebiet und der engeren Koordinierung unserer Maßnahmen muß unseres Erachtens bei der Entwicklung unserer Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

In den vergangenen Jahren haben sich die operativen Arbeitsbedingungen in Westdeutschland stark verändert.



Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des ~~Sozialis-~~mus, die politischen Veränderungen in Westdeutschland, die Verstärkung des Differenzierungsprozesses und der Widersprüche auf internationaler Ebene und zwischen den politischen Kräften in Westdeutschland, die zunehmende Ernüchterung breiter Bevölkerungskreise, die bis in den Staatsapparat hineinreicht, besonders unter der Jugend, haben eine Reihe günstiger Voraussetzungen für unsere operative Arbeit geschaffen.

Auf der anderen Seite hat der Prozeß der systematischen Stärkung der Exekutivorgane, die Erweiterung ihrer Befugnisse und ihre Zentralisation unmittelbare Folgen für die operative Arbeit.

Die Befugnisse der Abwehrorgane, der Geheimdienste und der Justiz werden ausgeweitet und die Anzahl der Mitarbeiter erhöht. Das Bundeskriminalamt wurde unter anderem durch Einstellungen weiterer 500 Beamter ausgebaut, der Stellenplan verdoppelt. Die Sicherungsgruppe Bonn, die dem Bundeskriminalamt untersteht, erhielt exekutive Befugnisse im ganzen Bundesgebiet. Den Geheimdiensten wurde jetzt offiziell das Recht zugesprochen, das Post- und Fernmeldegeheimnis zu verletzen.

Die feindlichen Organe nutzen zur Erfassung und Auswertung von nachrichtendienstlich bedeutsamen Fakten und Umständen immer mehr die Methoden der elektronischen Datenverarbeitung und werden in umfassendem Maße mit entsprechenden Anlagen ausgerüstet.

Die westdeutschen Abwehrorgane unternehmen große Anstrengungen, um das System des Geheimschutzes auszubauen und zu perfektionieren. Es werden neue Geheimschutzorgane auf dem Gebiet der Wirtschaft im Interesse der Rüstungsindustrie (Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft - KSW - und regionale Verbände für Sicherheitsfragen) geschaffen.

Es gibt umfangreiche Bemühungen, die Einschleusungs- und Aufenthaltsbedingungen einzuengen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Kontrolle und Überwachung der Personenbewegung innerhalb der kapitalistischen Länder und des grenzüberschreitenden Verkehrs. Immer stärker werden elektronische

Anlagen und Systeme wie Fernsehen, Foto, Röntgentechnik zur ~~Gepäckdurch-~~leuchtung zur verdeckten Erfassung, Beobachtung, Fahndung, Abfertigung und Registrierung, insbesondere an Grenzübergängen angewandt.

Zur Kategorie dieser Maßnahmen gehört auch die Umstellung der Bevölkerungsregistratur auf die elektronische Datenverarbeitung, die Errichtung einer zentralen Einwohner-Datenbank für die gesamte Bundesrepublik und die Erteilung eines personengebundenen Kennzeichens für jeden Bürger bis zum Jahre 1973.

Damit wird das Ziel verfolgt, das Meldewesen zu einem perfekten sicherheitspolizeilichen Instrument zu machen, das einen lückenlosen Nachweis des derzeitigen Aufenthalts eines Bürgers ermöglicht. Auf diese Weise wird es möglich sein, mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung die Bürger nach bestimmten Gesichtspunkten zu selektieren.

Es ist festzustellen, daß die feindlichen Organe bei der Bearbeitung von erkannten Agenturen immer mehr zu einer gründlichen und langfristigen Bearbeitung übergehen, in deren Verlauf sie versuchen, alle nachrichtendienstlichen Verbindungen festzustellen und genügend Beweismaterial zu sammeln. In zunehmendem Maße wird der Versuch unternommen, Agenturen zu überwerben bzw. sie als Doppelagenten einzusetzen.

Eine besondere Rolle spielen die wiederholten Aufrufe, sich freiwillig zustellen, wobei unter Hinweis auf § 153 d der westdeutschen Strafprozeßordnung Straffreiheit in Aussicht gestellt wird.

Man muß einschätzen, daß trotz der Rivalität zwischen den einzelnen Geheimdiensten der imperialistischen Länder sich die Tendenzen zur Zusammenarbeit und Koordinierung der Aktionen verstärken.

Die Zentralisation des staatsmonopolistischen Machtapparates verändert die operativen Arbeitsbedingungen aber auch in anderer Hinsicht. Die Arbeitsweise des stärker zentralisierten Apparates bedingt, daß Entscheidungen in weit größerem Maße als früher an zentralen staatlichen Stellen getroffen werden und daß entsprechendes Material sich in größerem Maße als früher an bestimmten Schwerpunktstellen konzentriert.

Zu derartigen Schaltstellen gehören in Westdeutschland etwa das Bundeskanzleramt, wo die entscheidenden Probleme der politischen Arbeit stabsmäßig untersucht werden, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als Organisation der staatsmonopolistischen Forschungsplanung u. a.

Auf internationaler Ebene spielen dabei die sich bildenden Großkonzerne eine Rolle, bei denen eine Vielzahl von Informationen konzentriert sind, die für die Sicherheit und weitere Entwicklung der sozialistischen Länder von großer Bedeutung sind.

Eine besondere Rolle spielen dabei die Konzerne, die sich mit der elektronischen Datenverarbeitung befassen. Gerade diese Konzerne verfügen über umfangreiche interne Informationen vorwiegend nachrichtendienstlichen Charakters aus allen informationsintensiven Bereichen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Rüstung.

Die Zusammenarbeit der Organe der Aufklärung auf diesem Gebiet sollte sich auf die gegenseitige Konsultation über solche neuen Erscheinungsformen und Ansatzpunkte für unsere Arbeit erstrecken. Entsprechend der Aufgabenstellung der einzelnen Organe sollte der Informationsaustausch zu diesen Fragen verstärkt werden.

Das gilt auch für die neuen operativ-technischen Probleme, die sich aus dem Einsatz moderner technischer Mittel in der Verwaltungsarbeit der gegnerischen Zentren ergeben, wie der EDV- und der Mikroverfilmung.

Im Zusammenhang mit der dynamischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution hat die wissenschaftlich-technische Aufklärung eine immer größere Bedeutung für unsere Organe gewonnen.

Die vorrangige Aufgabe auf diesem Gebiet, unseren Beitrag zur Verteidigung unseres Lagers zu leisten, zwingt uns naturgemäß, den Problemen der Rüstungstechnik und derjenigen Wissenschaftsgebiete, die entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Militärtechnik haben, absoluten Vorrang zu geben.

Bereits bei der Aufklärung dieser Probleme können gleichzeitig wichtige Schlußfolgerungen für die Entwicklung der zivilen Technik und der Volkswirtschaft gewonnen werden. Darüber hinaus ist es notwendig, die wissenschaftlich-technische Aufklärung auf solche wichtigen Probleme zu konzentrieren, die strukturbestimmend auf die Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Kapazitäten wirken.

Um dieses große und komplizierte Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung zu bewältigen ist es zweckmäßig, die Zusammenarbeit zu verbessern, Doppelarbeiten auszuschalten und die zu bearbeitenden Aufgaben untereinander besser abzustimmen. Mit einigen unserer Bruderorgane haben wir in den letzten Jahren auf diesem Gebiet einiges erreicht und effektive Beiträge zur gegenseitigen Unterstützung bei der Erfüllung wichtiger Be^Schlüsse des RGW und unserer Regierungen geleistet. Die vorhandenen Möglichkeiten sind aber wesentlich größer, wenn sie systematisch, planmäßig und koordiniert genutzt werden.

Insgesamt gesehen sind die Möglichkeiten des Informationsaustausches auf allen Gebieten noch nicht ausgeschöpft. Mit einigen Ländern gibt es bereits engere Verbindungen auf der Ebene der Informationsabteilungen. Hier wurden schon gewisse Erfolge erzielt. Wir werden das Suchen nach besseren Formen der Zusammenarbeit beim Informationsaustausch verstärkt fortsetzen.

Die regelmäßige gemeinsame Einschätzung der politisch-operativen Situation im imperialistischen Lager, die gemeinsame Beurteilung der Pläne, Maßnahmen, Absichten, Formen und Methoden des Kampfes der imperialistischen Hauptmächte auf den verschiedensten Gebieten und die Abstimmung gemeinsamer politisch-operativer Schlußfolgerungen, wie das auf dieser Beratung erfolgte, können dazu beitragen, die Arbeit unserer Aufklärungsorgane weiter zu qualifizieren, damit sie ihrer Rolle im Klassenkampf gegen den gemeinsamen Gegner noch besser gerecht werden können.

Im Zuge der zweiseitigen Beratungen wird darüber hinaus der Vergleich der Arbeitsmethoden bei der Beschaffung und Auswertung von Informationen, die genauere Einschätzung der Regimeverhältnisse und die Einschätzung bestimmter theoretischer Probleme der Aufklärungstätigkeit beitragen.

Die Verstärkung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Organen der Aufklärung der Länder des Warschauer Vertrages auf bilateraler und multilateraler Basis wird damit einen Beitrag zur Lösung der Aufgaben leisten, die vor jedem einzelnen unserer Sicherheitsorgane von unseren Partei- und Staatsführungen gestellt sind.